

Béla Rásky

Verschwörungstheorien

Bemerkungen zu „Die Reform frißt ihre Kinder“ (ÖZG 1/1991)

Ein fünfköpfiges Autorenteam hat in der ÖZG 1/1991 ein Exposé für ein Buchprojekt zur neuesten Geschichte Ungarns vorgelegt. Einige eigentümliche Widersprüche durchziehen diesen Text:

Erstens wird behauptet, Demokratisierung und Dynamik der Reformen hätten „internationaler Währungsfonds, das Weiße Haus und die Bonner Regierung“ bestimmt. Aus welchen Erwägungen, wozu, warum und wie sie dies getan haben, bleibt im Text unklar, müssen doch die Autoren selbst konzedieren, daß der Kádárismus in vielen Bereichen ökonomisch berechenbarer war und die Variante bürgerlich-parlamentarischer Demokratie auch für westliche Gläubiger „riskant“ ist. Sollten antisemitische Strömungen die Oberhand gewinnen, wie prophezeit wird, würde sogar „die politische Akzeptanz dieses Systems im Westen zur Disposition“ stehen. Der Grund dafür bleibt auch hier unklar, denn gerade das Beispiel der Türkei – deren Schicksal die Autoren auch für Ungarn voraussagen – beweist, daß „der Westen“ sich

wenig um Menschenrechtsverletzungen kümmert, so lange man ein loyaler Verbündeter bleibt.

Viel interessanter als die Verbreitung solcher Verschwörungstheorien wäre es, eine genaue Analyse des ungarischen Demokratisierungsprozesses ins Auge zu fassen: Von der Ankündigung der Einführung eines Mehrparteiensystems auf Initiative von Imre Pozsgay (der nichts anderes im Sinne hatte als die kádáristischen Strukturen zu erneuern, um in einer Art stillschweigendem Abkommen mit Jozsef Antall das Demokratische Forum MDF¹ an der Macht partizipieren zu lassen), über die – übrigens auf Initiative der jetzigen Regierungspartei MDF bis heute geheimen – trilateralen Verhandlungen im Sommer 1989 bis zum Scheitern dieser Pläne einer paternalistisch-autoritären Scheindemokratie mit der vom sozialliberalen Bund Freier Demokraten SZDSZ² initiierten November-Volksabstimmung und den freien Wahlen im März 1990.

Der zweite zentrale Widerspruch des

Artikels bezieht sich auf den Charakter des MDF. Einerseits wird der Eindruck erweckt, er versuche (und die Autoren scheinen dies zu begrüßen) Deregulierungen kontrolliert und nach Plan vorzunehmen, sei also eine demokratische, moderne und konzeptive Wirtschaftspartei. Andererseits suche MDF – so das Exposé – nach einem „dritten Weg“ zwischen „Diktatur und Demokratie, der eine Mischung aus parlamentarisch-korporatistischer Mehrheitsfindung und außerparlamentarischem, nationalistischem und rassistischem Druck gegen Sinti, Roma, Rumänen und Juden sein könnte“. Von einigen Kleinigkeiten einmal abgesehen (in Ungarn gibt es keine Sinti-Zigeuner, die rumänische Minderheit in Ungarn ist minimal und das MDF versteht unter der Konzeption des „dritten Weges“ etwas fundamental anderes) bleibt offen, was die größte der ungarischen Regierungsparteien in den Augen der Autoren nun eigentlich ist: eine rechtsradikale Bewegung oder eine Partei im klassischen Sinn, die trotz aller „faktischen Konfuzität“ eine moderne Wirtschaftspolitik vertritt, in deren Durchsetzung aber vom IWF und dem „ultraliberal-frühkapitalistisch agierenden SZDSZ“ behindert wird? Wobei die Frage bleibt, wie dies zu bewerkstelligen wäre, denn die Oppositionsparteien SZDSZ, FIDESZ³ und die KP-Nachfolgepartei USP erreichen auch zusammen nur knapp die Ein-Drittel-Sperrminorität im Parlament. Wahrscheinlich hat die „faktische Konfuzität“ der Regierungspartei, elegant in einem Beisatz erwähnt, viel mehr zur

Behinderung einer konzeptiven Wirtschaftspolitik beigetragen, als alle Oppositionsparteien zusammen.

Ebenso erscheint die Charakterisierung des SZDSZ als „ultraliberale Frühkapitalisten“ allzu salopp, fordern doch gerade sie seit Monaten Wahlen in allen Gewerkschaftskörpern und Betriebsräten, ein Mitspracherecht der Belegschaft bei der Privatisierung und autochthone Selbstverwaltungskörper auf allen Ebenen.

Schlicht historisch falsch ist die Herstellung einer Kausalität zwischen Mehrparteiensystem und Pauperisierung (Zwischentitel: Eine Partei – viel zum Essen, mehr Parteien – wenig zum Essen). Die „Armutsdiskussion“ wurde in der ungarischen ersten und zweiten Öffentlichkeit ab 1980 geführt und die Gründung der SZETA, des Fonds zur Unterstützung der Armen, markierte 1979 die Geburtsstunde einer organisierten demokratischen Opposition. Auch unter der Ein-Partei gab es also für viele wenig zum Essen.

Auch mit der ungarischen Zeitgeschichte scheinen die Verfasser ein wenig auf Kriegsfuß zu stehen. Die Ereignisse nach 1956 als Reform zu bezeichnen ist ebenso verwegen wie den Kádárismus als Sozialpartnerschaft einzuschätzen. Die Zeit nach 1956 (bis etwa 1959) wird in der einschlägigen ungarischen Historiographie als Zeit der Vergeltung und der Retorsion bezeichnet (daß daraus ein Kádárismus entstehen würde, war keineswegs eindeutig). Und für eine Sozialpartnerschaft mangelte es am wichtigsten Element einer

Partnerschaft, nämlich der Autonomie der sozialen Körper, denn die führende Rolle der Partei war auch unter Kádár ein Muß. Und auch nach 1965 war der Kádárismus nichts anderes als ein Diktat. Ein wirkliches Problem ist, warum dieses Diktat von der ungarischen Gesellschaft so schnell angenommen wurde – und wie leicht sie diesen Umstand heute verdrängt.

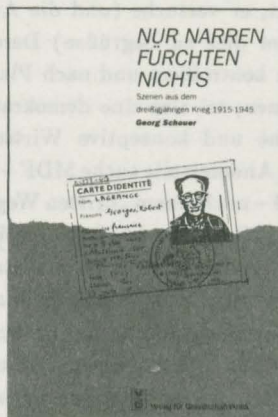
Anmerkungen:

1 Im MDF unter der Ägide des Reformkommunisten Pozsgay 1988 als nationalbetonte populistische Bewegung gegründet, ist heute – hinter den Fassaden einer christdemokratisch orientierten Wählerpartei um Jozsef Antall – der nationalkonservative, rechtsautoritäre „Bewegungs“-Flügel tonangebend.

2 SZDSZ: aus der ungarischen Demokratischen Opposition und Samisdatbewegung entstandene liberale und weltlich orientierte Partei mit einem rechtsliberalen Flügel sowie einem zweiten, an den südeuropäischen, nicht-etatistischen Sozialdemokraten orientierten Flügel.

3 FIDESZ: Bund Junger Demokraten hat seine Wurzeln in der Demokratischen Opposition, versteht sich als liberale Partei, in der sich in letzter Zeit auch neokonservative und populistische Züge zeigen.

Neuerscheinung



Georg Scheuer
Nur Narren fürchten nichts
 Szenen aus dem dreißigjährigen
 Krieg 1915 - 1945

200 Seiten, öS 228,-/DM 33,-

Ein spannender Erlebnisbericht im Drehbuchtempo von Sarajewo bis Jalta: Kindheit während der "letzten Tage der Menschheit"; Jugend im "Roten Wien"; Abenteuer in Berlin und Paris unter den zerzausten Fahnen der 2., 3. und 4. Internationale; seit 1936 Linksrebell gegen Stalins Terror; Zuchthaus, Flucht, Untergrund und Widerstand. Nach Kriegsende Rückkehr nach Wien und Enttäuschung über das Ausbleiben erhoffter sozialer Umgestaltung.



Verlag für Gesellschaftskritik
 Kaiserstraße 91, A-1070 Wien, Tel: 0222/526 35 82